

Entleibung durch Entlastung?

Die Diskussion um die Anliegen des Forums »Aufbruch Gemeinde« führen immer wieder zu zwei wichtigen Fragestellungen, die grundlegende Zusammenhänge von Kirchen- und Gemeindeentwicklung berühren. Zum einen wird von Gegnern darauf hingewiesen, dass alle Initiativen und Arbeitsformen unserer Kirche letztlich der Gemeinde dienen. Es gäbe keine Interessensunterschiede und folglich keine Notwendigkeit, die Ortsgemeinden im Kontext der Gesamtkirche zu stärken. Zum anderen sei die Lehre vom allgemeinen Priestertum durch synodale Strukturen auf allen Ebenen unserer Kirche, also auch jenseits der Ortsgemeinde hinreichend verwirklicht.

Folgt man diesen Argumenten, kann man prinzipiell jede Aufgabe, die vor Ort wahrgenommen wird, ebenso gut konzentrierten und auf übergemeindliche Einrichtungen übertragen, um eine effizientere Erledigung zu gewährleisten. Die Professionalisierung von Aufga-

ben auf übergemeindlicher Ebene wird von Kirchenleitung als Entlastung der Gemeinden verstanden und angesichts hoher Arbeitsbelastung vor Ort von Kirchenvorständen auch angenommen. Versteht man die Kirche primär als formale Organisation, die bestimmte Aufgaben zu erfüllen hat, erscheint solche Professionalisierung sinnvoll und konsequent.

Die Gegenthese, die hier vertreten wird, geht davon aus, dass eine Gemeinde vom Ineinander verschiedener Arbeitsbereiche lebt. Besser gesagt, die Verkündigung, das diakonische Handeln, die gottesdienstliche Feier und die Gemeinschaft können nur miteinander glaubwürdig gelebt und weiterentwickelt werden. Am Beispiel der gemeindlichen Kindertagesstätten sollen deshalb problematische Konsequenzen der Professionalisierung diskutiert werden. Ebenso gut könnte man die Nürnberger Jugendkirche heranziehen oder andere Bereiche.

Beispiel Kindertagesstätten

Unter dem Dach von ekin (Evangelische Kindertagesstätten Nürnberg gemeinnützige GmbH) haben sich im Jahr 2007 sechs Gemeinden mit dem Dekanat zusammengeschlossen, um ihre Kindertagesstätten künftig in übergemeindlicher Trägerschaft führen zu lassen. Andere kamen hinzu. Inzwischen finden sich elf Kindertagesstätten bei ekin, weitere Gemeinden sind eingeladen. Auf der professionell gestalteten Website bzw. im Informationsfaltblatt heißt es: »ekin übernimmt die Trägerschaft für gemeindliche Kindertagesstätten und verantwortet Personal, Finanzen, Organisation und Konzeption«¹.

All diese Aufgaben hatten bisher Kirchenvorstand und Pfarrerin wahrzunehmen. Sie ließen sich natürlich unterstützen, z.B. von Verwaltungsstellen. Nun haben sie die Trägerschaft und Befugnisse abgeben und sind stattdessen Gesellschafter bei ekin geworden zusammen mit dem Dekanat und den anderen beteiligten Kirchengemeinden. Qua Satzung hält das Dekanat 51% der Stimmen, die anderen teilen sich den Rest. Damit geht der direkte, formal abgesicherte Einfluss des gewählten Kirchenvorstandes auf die örtliche Kindertagesstätte gegen Null. Auf der Website heißt es: »Der Name »ekin« steht für innovatives, unternehmerisches Denken und Handeln in evangelischer Verantwortung.«

Ekin versteht die Kirchengemeinden folgerichtig als Kooperationspartner. Die organisatorische Verbindung gewährleistet ein Beirat: »Mitglieder im Beirat sind zwei Mitglieder der Kirchengemeinde, die Leitung der Tagesstätte, zwei von der ekin benannte Personen, davon mind. eine Person der Geschäftsführung. Zu den Aufgaben des Beirats gehören u. a. die Beratung der pädagogischen Konzeption, Vermittlung in Konfliktfällen und die Auswahl der Einrichtungsleitung.«

Um Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich ist es möglich, dass ein Kindergarten bei ekin besser aufgehoben ist, als bei einer Gemeinde, die sich in ihren personellen und finanziellen Möglichkeiten mit der Trägerschaft überfordert sieht. Systemisches Denken und bisherige Erfahrungen mit der Ausgliederung von Kindertagesstätten legen aber nahe, solche eine Verände-

rung nicht isoliert zu betrachten sondern in ihren Rückwirkungen auf alle beteiligten Größen, also die Kirchengemeinde, die Arbeit im Kirchenvorstand, den Kindergarten und das dortige Team, die Kinder und Eltern als Gemeindeglieder, Beitragszahler in Kirchengemeinde und Kindergarten usw.

Konkrete Botschaft

Für einen Kirchenvorstand ist die Entlastung von vielen Konfliktfeldern unübersehbar. Genannt seien die Sorge um das pädagogische Personal einerseits und der enge Personalschlüssel andererseits, die Eintreibung der Beiträge und die oft prekäre wirtschaftliche Situation von Familien, Konflikte bei der Belegung der Gruppen, die Berücksichtigung von Kindern mit Migrationshintergrund, die Wahrung des evangelischen Profils angesichts unterschiedlicher religiöser bzw. konfessioneller Hintergründe usw. – all das kostet Zeit und Energie.

Durch die Entlastung könne die Gemeinde laut ekin nun das »Eigentliche« einbringen. Gemeint scheint damit die Verkündigung, die in diesem Verständnis von den genannten Konflikten abstrahiert wird. Das suggeriert, man könne im Gemeindekontext die diakonische und pädagogische Arbeit partiell auslagern und dadurch die Verkündigung stärken. Das erweist sich als trügerisch, wenn nach der Konkretion der Verkündigung gefragt wird. Die Eltern als Beitrags- und oft auch Kirchensteuerzahler tun das. Mancher Pfarrer musste schon erleben, dass man am Taufstein lange und vergebens von Gottes Liebe zu allen Kindern erzählen kann, wenn gleichzeitig etwa bei der Gruppenbelegung in der Kindertagesstätte der Eindruck von Ungerechtigkeit aufkommt oder unter den Mitarbeiterinnen ein gereiztes Arbeitsklima ist, weil man sich überfordert fühlt oder der Eindruck herrscht, der kirchliche Kindergarten würde von der Gemeinde wirtschaftlich allein gelassen usw.. Die Kindertagesstätte enthält in allen diesen konkreten Einzelheiten die Dimension der Verkündigung, die öffentlich wohl gehört wird. Und die Leute nehmen sich das Recht, die Lehre der Gemeinde zu beurteilen nach ihren konkreten Erfahrungen, ein Recht, das ihnen nach evangelischem Gemeindeverständnis sogar zusteht.

Dietrich Bonhoeffer hat gesagt: »Das wahrheitsgemäße Wort ist nicht eine in sich konstante Größe, sondern ist so lebendig wie das Leben selbst. Wo es

sich vom Leben und von der Beziehung zum konkreten anderen Menschen löst, wo die »Wahrheit gesagt wird« ohne Beachtung dessen, zu wem ich sie sage, dort hat sie nur den Schein, aber nicht das Wesen der Wahrheit.«² Eine Gemeinde ist deshalb kein Anbieter auf einem Markt, der Arbeitsbereiche entsprechend ausgliedern und sich auf sogenannte Kernkompetenzen beschränken kann, sondern viel mehr eine Gemeinschaft, die in einem definierten Kontext glaubwürdige Zusammenhänge von Zeugnis bzw. Verkündigung, diakonischem Handeln, und Feier bzw. Ritual herstellt.

Das heißt: In den genannten Konflikten und dabei zu treffenden Entscheidungen gewinnt die Botschaft ihre Konkretion. Eine Gemeinde entwickelt sich, indem sie diese Botschaft in vielfältige Beziehungen zu einer sich verändernden gesellschaftlichen Wirklichkeit und den betroffenen Menschen setzt. Sie entwickelt sich nicht jenseits dieser Konflikte bzw. in strukturell gesicherter Distanz, sondern durch den Aufwand an Zeit und Energie, den sie diesen Konflikten widmet. In den Entscheidungen, die sie trifft und in den –immer vorläufigen – Antworten, die sie auf eine gesellschaftliche Situation gibt, verändert sie ihre eigene Gestalt.

Hinzu kommt, dass unser aller Verständnis der Botschaft angewiesen ist auf konkrete Bezüge, um sich von konventionellen Überformungen und Ideologien zu lösen und so – selbst befreit – erneut befreiend zu wirken. Exemplarisch lässt sich das am Bericht unseres Landesbischofs auf der vergangenen Herbstsynode zeigen, der sich ganz den Kindern widmete. Ebenso beiläufig wie überzeugend erzählt der Landesbischof davon, wie Dynamik in eigene geprägte Vorstellungen von Familie kommt durch konkrete Bezüge: »Ich selber war lange Zeit der Meinung, dass wir keine Kinderkrippen brauchen. Doch ich sehe, wie viele Dinge meine Enkelin Zoe – sie ist zweidreiviertel – dort lernt, die sie anderswo nicht lernen kann, und ich sehe, wie gerne sie in die Krippe geht. Und das, obwohl sie zwei Eltern hat, die genug Zeit für sie aufbringen. Gegenüber allen Einwänden, Kleinkinder sollten doch nur von den Eltern betreut werden, ist zu sagen: Zum einen sind nicht wenige Eltern gezwungen, dass beide arbeiten. Zum anderen ist es aber für die soziale Kompetenz der Kinder, die

² D. Bonhoeffer, Ethik, nach E. Bethge, Hg., München 1949, S.285

¹ Alle Informationen und Zitate zu ekin entstammen der ekin-website www.ekin-nuernberg.de bzw. dem ekin-Faltblatt

im frühkindlichen Alter so viel lernen, wie später nie mehr, besonders wichtig, den Umgang mit anderen Kindern zu haben.«³

Es wird deutlich: Unsere Verkündigung entwickelt sich in der Dynamik gesellschaftlicher Konfliktfelder, die wir »am eigenen Leib« zu spüren bekommen. Die konkrete Erfahrung, in der – oft mit hohem Aufwand – Lösungen gefunden werden, die eine Zeit lang tragen, machen die Kirche für den einzelnen glaubwürdig. Hier liegt die Chance der Ortsgemeinde als Leib Christi, der sich all das nicht »vom Leib hält«.

Zentralisierung schafft Milieuerengung

»Aufbruch Gemeinde« will deshalb mit dem Anliegen der Stärkung der Gemeinden gerade nicht das Kirchturmdenken befördern. Im Gegenteil, die beschriebene Professionalisierung von Arbeitsbereichen auf übergemeindlicher Ebene droht ihrerseits Gemeinden in die Milieuerengung zu treiben, indem sie die soeben beschriebene Dynamik tendenziell aus den Gemeinden herausnimmt und zur Sache der Profis macht.

Manche Eltern, die ihr Kind zur Taufe gebracht haben und es später in der gemeindlichen Kinderkrippe anmelden, lassen sich vielleicht ansprechen für den Kirchenvorstand. Es reizt sie vielleicht, ihr Kind nicht einer unternehmerisch denkenden Organisation anzuvertrauen, sondern im örtlichen Netzwerk Gemeinde mitzubestimmen und auf die besonderen Herausforderungen im Nahkontext zu reagieren, in dem ihr Kind aufwächst. Hier können sie sich beteiligen, setzen sich auseinander mit ihrem Glauben und dem der andersgläubigen Kinder und Eltern im Kindergarten, reden mit in den oben genannten Konflikten. Diese thematische Auseinandersetzung fließt ein in die andere Gemeindegemeinschaft, die Erwachsenenbildung, das Gottesdienstprogramm usw. Langer Rede kurzer Sinn: Es entsteht Engagement, Vielfalt von Milieus und nicht zuletzt Plausibilität von Kirchenmitgliedschaft. Eine Gemeinde von der Kindertagesstätte zu entlasten, bedeutet auch, sie um diese Chancen zu bringen.

Der Gemeindeberater Christoph Meyns spricht vom »Professionalisierungsdilemma«: »Die Gefahr einer weitergehen-

den Professionalisierung der organisatorischen Dimension von Kirche besteht darin, dass sie ungewollt die religiöse und gemeinschaftliche Dimension schwächt ... die Ausgliederung kirchlicher Arbeitsfelder in übergemeindliche Stellen steht vor diesem Professionalisierungsdilemma. So sind Themen wie Krankenhauseelsorge, Beratung, Umwelt, Gender, Jugend, Gemeindeaufbau oder Spiritualität dort in der Regel inhaltlich gut aufgehoben. Gleichzeitig besteht die Gefahr einer ungewollten Isolation, durch die die Arbeit der Kirchengemeinden nicht mehr befruchtet wird und die ihnen zugleich ein Alibi liefert, sich nicht mehr mit diesen Themen zu beschäftigen.«⁴

Allgemeines Priestertum

Unsere Kirchengemeindeordnung traut einem örtlichen Kirchenvorstand viel zu: Er hat »... die diakonischen und missionarischen Aufgaben in der Gemeinde zu vertiefen...« sowie »... Maßnahmen zur Sicherung und Förderung der kirchlichen Unterweisung ... zu beraten und zu beschließen...« bzw. »... mitzuwirken, dass die rechte Lehre gewahrt, die kirchliche Ordnung und christliche Sitte erhalten, das kirchliche Leben nachhaltig gefördert und die Sonn- und Feiertage geheiligt werden.«⁵

Die Dimensionen von Kirche werden als Einheit vor Ort verstanden und dem Gremium anvertraut, das die Möglichkeit der Mitwirkung aller bzw. das allgemeine Priestertum gewährleisten soll. Der Kindergarten ist ein Teil der Gemeinde, ein Glied am Leib Christi, in dem es genau um die oben genannten Aufgaben geht. Es ist zu bezweifeln, dass ein Glied ausgegliedert werden kann ohne diese Einheit und das allgemeine Priestertum zu gefährden.

Im Leitbild von ekin heißt es denn auch: »Kindertagesstätten sind ein wichtiger Teil des kirchlichen Engagements als Dienstleistung für andere.« Das kann eine Gemeinde sicher mittragen. Aber es ist eben nur eine Dimension. Eine andere müsste z.B. lauten: »In ihrer Kindertagesstätte versucht eine Gemeinde einen Teil der Verpflichtung einzulösen, die sie durch die Taufe von Kindern übernommen hat.« Es geschieht ja nicht selten, dass Taufeltern im Blick auf ihr Taufversprechen auf den gemeindlichen Kindergarten verweisen, in dem die re-

ligiöse Sozialisation dereinst ja dann stattfinden könne.

Natürlich soll auch laut ekin eine Kirchengemeinde den Kontakt zum Kindergarten halten. Die frei werdende Zeit der Pfarrerin soll beispielsweise in die pädagogische Begleitung der Kindertagesstätte fließen. Aus organisations-theoretischer Sicht ist das konsequent. Theologisch ist es fragwürdig. Was dem allgemeinen Priestertum, vertreten durch den Kirchenvorstand, anvertraut war, geht tendenziell über auf das ordinierte Amt.

Zudem wäre zu berücksichtigen, dass im Kindergarten Wortverkündigung stattfindet und zwar am wenigsten durch die Pfarrerin oder den Pfarrer. Es gibt – Gott sei Dank! – Erzieherinnen und Erzieher, die in der täglichen Arbeit biblische Geschichten erzählen und das Kirchenjahr begehen, mit den Kindern beten und unterschiedliche religiöse Vorstellungen und Hintergründe in den Dialog bringen, durchaus auch in gottesdienstlichen Formen. Der Kirchenvorstand hat Sorge und Verantwortung für dieses Personal und die Inhalte abgegeben. Das signalisiert auch, dass die Verkündigung dort weniger wichtig ist für das Zeugnis der Gemeinde, als die sonntägliche Kanzelrede. Dabei könnte sie für die Zukunft dieser Gemeinde in Wahrheit weit mehr bestimmend sein.

Ohne Alternative?

Mit gutem Recht wird ein Kirchenvorstand einwenden, dass die Ressourcen für die selbständige Trägerschaft nicht mehr ausreichen. Und erst jetzt (!) kommt unweigerlich die Frage nach dem Geld ins Spiel. Aufgabe von Kirchenleitung ist es nach Ansicht von »Aufbruch Gemeinde« nicht, den Gemeinden schrittweise mehr Geld und Arbeit abzunehmen, sondern auf die Einheit der Kirche vor Ort und auf die Lehre zu achten, d.h. Gemeinden mit allen Mitteln darin zu unterstützen, in den Strukturen des allgemeinen Priestertums ihrem Auftrag vor Ort nachzukommen. Die Hilfe durch Verwaltungsstellen kann gestärkt, Sekretärinnenstunden erhöht, Sprengel verkleinert werden u.a.m. Wenn solche Maßnahmen mit Verweis auf Sparzwänge zurückgewiesen werden, muss man auch fragen dürfen, warum gleichzeitig mehrere Millionen da sind, um Nürnberger Gemeinden nun von ihren jugendlichen zu entlasten. »Kirche muss auch einmal Geld in die Hand nehmen, um zu experimentieren«, wenden Gegner

³ siehe Bericht des Landesbischofs auf der Herbsttagung der bayrischen Landessynode im November 2009, S.9

⁴ C. Meyns in: I.Karle (Hg.), Kirchenreform, Leipzig 2009, S. 175

⁵ Kirchengemeindeordnung, RS 300

ein. Das Projekt Jugendkirche fuhr aber schon zum EKD-Zukunftskongress als »best practice«- Beispiel aus Bayern, da war der Bau noch nicht einmal fertiggestellt. Experimentieren geht anders. Man müsste doch wenigstens eine Auswertung abwarten, dann den Vergleich ziehen mit den Nürnberger Gemeinden, die eine lebendige Jugendarbeit mit vergleichsweise verschwindend geringen Mitteln unterhalten und danach über »best practice« entscheiden.

Weder Ekin noch die Jugendkirche sollen inhaltlich schlecht geredet werden, sondern eine Diskussion um Kirchen- und Gemeindeentwicklung angeregt werden, deren Tabuisierung wir uns nicht leisten können. Die Ökonomin Anna Henkel sieht die Kirche am Scheideweg: »Wenn man Kirche und Gemeinde als Erfolgsduo ansieht, dann müsste Kirche auf die Stärkung von Gemeinde mit allen Mitteln fokussiert hinarbeiten. Veranstaltungen, die keine Förderung von Gemeinde leisten können, müssten also im Zweifel unterbleiben. Stattdessen müssten die vorhandenen Mittel in jeder Hinsicht auf die Darstellung und die Aktivitäten von Gemeinde ausgerichtet werden. Kirchenreform wäre eine Um- ausrichtung auf Gemeinde.«⁶ Als Ökonomin erwägt sie auch das Gegenmodell einer zentral gesteuerten Dienstleistungskirche: »Die Symbiose von Kirche und Gemeinde müsste in diesem Fall systematisch ersetzt werden durch eine Reformulierung christlicher Dienste als kirchlicher Dienstleistungen.«⁷ Aus ökonomischen Gründen warnt Henkel aber vor einem zweigleisigen Kurs der Kirche: »Dennoch muss Kirchenreform eine Entscheidung für die eine oder die andere Richtung treffen. Sie verzettelt sich sonst, vergeudet ihre Ressourcen und verliert die Chancen beider Modelle.«⁸

Die Initiative »Aufbruch Gemeinde« sieht die Chance der Kirche in den konkreten Bezügen vor Ort. Viele Ortsgemeinden machen erfolgreich vor, was ein gelungenes Ineinander von Verkündigung und diakonischer bzw. pädagogischer Verantwortung bedeutet. Es wäre vor

allem theologisch, aber auch ökonomisch fatal, wenn die Kirche über der Entlastung der Gemeinden letztlich ihre eigene Entleerung betreiben würde.

*Hans-Ulrich Pschierer
Studienleiter am Evang.-Luth. Predigerseminar Nürnberg - im Sprecherkreis von Forum Aufbruch Gemeinde*

6 A. Henkel in: I. Karle (Hg.), Kirchenreform, Leipzig 2009, S. 302

7 ebd.

8 A.a.O., S.307